

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ostpreußen 16 M., in vorwärts zahlend für Postbezugsnehmer sämtliche Postanstalten 18 M. Unter Druckband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das 2. russ. Meeresgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 30 M., für das übrige Ausland 37 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 35 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 5-6.

Die achtgeheftete Monatshefte über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das Setzgebühren Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: Das Setzgebühren Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

GEZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Beihilfe für die Dauer-Arbeitslosen

Zuschuß für Kleider und Schuhwerk Besondere Berücksichtigung bei Notstandsarbeiten

Die unaufhörliche Dauer der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise hat eine Erscheinung hervorgerufen, die früheren Wirtschaftskrisen, mögen sie noch so einschneidend gewirkt haben, in dem jetzt zu beobachtenden Umfange fremd war: die Dauerarbeitslosigkeit. Der Umfang der Arbeitslosigkeit im allgemeinen trotz allen Bemühungen der Arbeitsnachweise eine — nach menschlichen Ermessen — gerechte Verteilung der geringen Zahl von offenen Arbeitsstellen nach Maßgabe der Dauer der Erwerbslosigkeit und erzeugt stets von neuem eine große Zahl von Beschäftigungslosen, deren Elend 26 Wochen und länger anhält. Der amtliche Begriff der Dauerarbeitslosigkeit versteht nämlich unter langfristige Arbeitslosen solche, die mindestens ein halbes Jahr ohne Beschäftigung sind. Aber jedermann kann ersehen, was schon eine geringere Zeit der Arbeitslosigkeit an Not bedeutet. Um so notwendiger ist es, daß wenigstens der krassen Verelendung der nach amtlichem Begriff langfristige Arbeitslosen mit ihren Familien nach Möglichkeit gesteuert wird.

Die Bemühungen unserer Partei waren neben ihren Bemühungen um eine allgemeine Linderung des Arbeitslosenelends stets auf dieses Ziel gerichtet. Auf das Drängen unserer Fraktion hat der Reichstag in der Sitzung vom 2. Juni folgende Entschließung angenommen:

„Für die langfristige Erwerbslosen, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, ist den Gemeinden eine besondere geldliche Beihilfe zu gewähren, die es ihnen ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen vorzunehmen.“

Um diese Entschließung des Reichstags wirksam werden zu lassen, hat der Reichsarbeitsminister am 10. Juni ein Rundschreiben an die Landesregierungen erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß die Reichsregierung den Reichsarbeitsminister ermächtigt hat, aus den Reichsmitteln, die im Haushaltsjahr 1920 für die Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt sind, einen Betrag auszulohnen, der dazu dienen soll, langfristige Erwerbslose eine außerordentliche Beihilfe zu gewähren. Als durchschnittlichen Betrag der für den einzelnen Dauererwerbslosen aus Mitteln des Reiches, des Landes und der Gemeinde insgesamt auszuwerfen ist, legt das Rundschreiben die Summe von 600 M. fest. Der Reichsfinanzminister hat seine Zustimmung erteilt. Nähere Anordnungen über eine etwaige Staffelung nach dem Familienstande und anderen persönlichen oder örtlichen Verhältnissen bleiben den Landesregierungen überlassen. Da

es sich bei dem Hilfswert nur um eine einmalige Maßnahme handelt, ist ein Stichtag für die Berechtigung zum Bezüge festzusetzen. Dieser Tag darf nur zwischen dem 1. und 31. Juli 1921 liegen.

Es ist also Zeit, daß diesen Anordnungen des Reichsarbeitsministers Rechnung getragen wird. Eile tut Not! Wenn die Angelegenheit im Laufe des Juli nicht erledigt wird, dann sind die Dauerarbeitslosen um ihren Zuschuß betrogen. Wir nehmen an, daß die Vorbereitungen bei den Ländern und Gemeinden bereits soweit gediehen sind, daß der erwähnte Stichtag möglichst unmittelbar nach dem 1. Juli festgesetzt werden kann. Je früher geholfen wird, um so besser ist es. Den Ländern und Gemeinden ist hier eine außerordentlich wichtige Aufgabe zugewiesen worden, die mit der nötigen Schnelligkeit und dem erforderlichen Ernst zu erfüllen ihre Pflicht ist.

Weiter hat der Reichstag in seiner gleichen Sitzung beschlossen, daß die langfristige Erwerbslosen bei den Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders zu berücksichtigen sind. Insbesondere soll der Zuschuß, der für die Beschäftigung von Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt wird, bei langfristige Erwerbslosen höher bemessen werde als bei anderen.

Dazu liegt ebenfalls ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vor, das die Durchführung dieses Reichstagsbeschlusses anordnet und nähere Anweisungen dazu gibt. Auch darum haben sich die Gemeinden sofort zu kümmern. Auch hieraus erwächst ihnen eine neue Verpflichtung. Die Gemeinden sind vielfach selbst die Veranlasser von Notstandsarbeiten. Sie haben sowohl bei ihren eigenen Notstandsarbeiten sowie dort, wo sie als ausführende Behörden die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge an private Unternehmer vergeben, dafür zu sorgen, daß bei allen Notstandsarbeiten in erster Linie Dauerarbeitslose beschäftigt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der langfristige Erwerbslose vorübergehend eine weniger gute Arbeitskraft sein sollte als andere Arbeitslose, und als er es selbst einmal war, bevor das ewige Elend seine Kräfte zermürbt und seinen Willen gebrochen hatte. Besonders mit Rücksicht auf diesen Zustand wird der größere Zuschuß aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt.

Auch hier ist schnelle Hilfe notwendig. Gewiß reichen diese kleinen Mittel nicht aus, um das Elend der Erwerbslosigkeit wesentlich einzudämmen, und sie dürfen daher auch nicht als eine Erfüllung der Forderungen der Arbeiterklasse für die Arbeitslosen betrachtet werden. Dennoch ist es notwendig, daß auch diese kleine Hilfe in Anwendung kommt, und daß die beschriebenen Mittel, die das Reich hier zur Verfügung stellt, ausgenutzt werden.

Fünf Noten

Berlin, 30. Juni.

Auf Grund der bisherigen Beratungen zwischen dem Garantiekomitee und den Vertretern der deutschen Regierung hat das Garantiekomitee der deutschen Regierung fünf Noten übermitteln, in welchen zu den deutschen Vorschlägen Stellung genommen wird.

Die erste Note behandelt allgemeine Fragen der zur Ausführung des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 erforderlichen Leistungen, ihre Höhe und die einzelnen Daten der Fälligkeit im Reparationsjahr 1921 (1. Mai 1921 — 30. April 1922) und in den zukünftigen Jahren. Die von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge werden unter gewissem Vorbehalt für das laufende Jahr angenommen. Hierbei ist in Aussicht genommen, daß unter gewissen Voraussetzungen außer der bis zum 31. August zu zahlenden einen Milliarde Goldmark in dem ersten Jahr bis zum 1. Mai 1922 an Devisen nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen nach dem Zahlungsplan zu leistenden Summen durch Sachleistungen und durch die Erhebung der Ausfuhrabgabe in Entente-Ländern abgegolten werden, vorausgesetzt, daß die Sachleistungen und die Ausfuhrabgabe den angenommenen Umfang erreichen. Im weiteren Verlauf betont die Note die Notwendigkeit, den Kurs der Mark zu festigen und hierzu das Budget durch eine Finanzreform ins Gleichgewicht zu bringen.

Die 2. Note beschäftigt sich mit dem Begriff „Ausfuhr“ und mit dem Erlaß der deutschen Regierung, den Ausfuhrabgabe durch einen anderen Wertmesser für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu ersetzen. Hier wird die endgültige Entscheidung der Reparationskommission auf Grund weiterer Vorschläge der deutschen Regierung vorbehalten.

In der 3. Note wird die Erhebung einer Ausfuhrabgabe von 20 Prozent besprochen. Das Garantiekomitee behält sich ausdrücklich das Recht vor, die Erhebung einer Ausfuhrabgabe zum Zwecke der Devisenbeschaffung zu verlangen, wenn die anderweitige Beschaffung der Devisen zum Zwecke der Erfüllung der variablen Leistungen des Zahlungsplanes zu Schwierigkeiten führen sollten.

In der 4. Note wird wegen der Zölle bemerkt, daß das Garantiekomitee auf die Verschreibung der Zolleinnahmen, wie sie Art. VII des Zahlungsplanes vorsieht, vorläufig nicht verzichten könne, trotzdem die deutsche Regierung als Ersatz das Einkommen gewisser Steuern vorschlagen hat. Es wird jedoch bis auf weiteres anstatt der vorherigen Anfrage bei beabsichtigten

Veränderungen von Zöllen lediglich eine Mitteilung über die vollzogene Änderung verlangt.

In der 5. Note werden die Maßnahmen näher auseinandergesetzt, die das Garantiekomitee für notwendig hält, um sich von der richtigen Feststellung der Ausfuhrziffern und der Einnahmen der Zölle und der etwa verpfändeten Steuern zu überzeugen.

Die Verhandlungen der Deutschen Kriegslastkommission mit dem Garantiekomitee werden, sei es in Paris, sei es in Berlin, fortgesetzt werden.

Der Wiederaufbau

Paris, 30. Juni.

Havas meldet, daß die Unterhandlungen zwischen den französischen und den deutschen Sachverständigen in Paris fortdauern und sich in der Hauptsache auf die Frage der Materialien erstrecken, die Deutschland an Frankreich liefern könnte, und auf deren Preise. Eine von den deutschen Delegierten überreichte Denkschrift über diese Frage ist einer längeren Beratung unterzogen worden. Die französische Verwaltung der zerstörten Gebiete arbeitet eine Gegendentschrift aus, die heute den deutschen Sachverständigen überreicht werden soll. Der Direktor der Verwaltung der zerstörten Gebiete, Prangen, hat dem deutschen Vertreter Wolff mitgeteilt, zu welchen Höchstpreisen die deutschen Vorschläge für Holzhauslieferungen noch Aussicht auf Annahme haben würden.

Der englische Bergarbeiterstreik

London, 30. Juni.

Nach langen Verhandlungen haben der Verband der Arbeitgeber und der Bergarbeiterverband heute ein vorläufiges Abkommen getroffen. Eine gemeinsame Entschließung über diese Abmachungen wird einer Tagung von Vertretern der Verbände unterbreitet werden, die heute zusammen-treten soll.

Die Arbeiter in Yorkshire haben beschlossen, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Dagegen haben 5000 Bergarbeiter in Wigan einstimmig das getroffene Abkommen abgelehnt.

Der sozialpolitische Kurs

Eine Novelle zur Angestelltenversicherung

Von S. Aufhäuser

Das Erstarren der Reaktion, das auf allen Gebieten des politischen, wie des wirtschaftlichen Lebens immer deutlicher in die Erscheinung tritt, kann natürlich auf die soziale Gesetzgebung nicht ohne Einfluß bleiben. Die Anebelung, die man den Arbeitern und Angestellten durch die verfassungswidrige Einengung des Streikrechts in der famosen „Schlichtungsordnung“ zugebracht hat, ist an dieser Stelle schon behandelt worden. Sobald aber das großkapitalistische Unternehmertum wieder festen Fuß gefaßt hat, dürfen es sich auch seine Schleppenträger erlauben, gegen die durch die Revolution geschränkte Solidarität der Kopf- und Handarbeiter Sturm zu laufen. Die antisozialistischen Angestelltenverbände halten den Zeitpunkt für gekommen, das 1911 zur Konservierung des Standesbündels errichtete, inzwischen aber recht morsch gewordene Gebäude der Sonderversicherung für Angestellte neu zu restaurieren. Zu diesem Zwecke mußte das Reichsarbeitsministerium dem Reichstag eine Novelle zur Angestelltenversicherung unterbreiten. Entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten mußten die Vorarbeiten zu dieser für die breiten Schichten der Angestellten außerordentlich wichtigen Novelle unter Ausschaltung der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung und damit des größten Teiles der organisierten Angestellten überhaupt erledigt werden. Um so mehr Wert hatte das Reichsarbeitsministerium darauf gelegt, die andere Seite, insbesondere den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, rechtzeitig in seine Pläne einzubeziehen, soweit es nicht schon von vornherein die Pläne jenes stinnesierten „Angestelltenverbandes“ selbst gewesen sind. Auf Anfrage war zwar im Frühjahr d. J. den IFA-Organisationen die Uebermittlung des zu erwartenden Referentenentwurfs in Aussicht gestellt worden, aber dieses Versprechen ist — nicht gehalten worden.

Dagegen ist dem Reichstag Mitte Juni, wie der Blitz aus heiterem Himmel, mit einer bei unseren Behörden ungewohnten Plöcklichkeit eine Novelle zur Angestelltenversicherung unterbreitet worden. So plötzlich dieses geheimerische Nachwerk auf den Tisch des Hauses geflogen war, so plötzlich sollte es in wenigen Tagen vom Reichstag verabschiedet werden. So wollten es wenigstens die geistigen Väter der Novelle im Reichsarbeitsministerium und im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande. Der Entwurf hatte noch nicht einmal das Plenum des Reichstages passiert, als die dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband angehörenden Abgeordneten Thiel (Stinnes-Volks-Partei) und Lambach (Deutschnationale Volks-partei) unter wohlwollender Unterstützung von Regierungsvertretern bereits den sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags mit jener Novelle befaßten, um ihre höchste Dringlichkeit zu beweisen. Selbst die Vorlage für die neue Beitragsregelung der Invalidenversicherung, die angeht die Finanzlage der Landesversicherungsanstalten als deren Lebensfrage angesehen werden muß, sollte zurückgestellt werden, um nur die Novelle zur Verankerung der Sonderversicherung im Eiltempo zur Annahme zu bringen, bevor die Angestellten draußen im Lande Zeit haben könnten, ihre Willensäußerungen an den Reichstag gelangen zu lassen.

Die Eile dieser Schnellzugsozialpolitik wird begreiflich, wenn man den Inhalt der Novelle betrachtet. Von all dem seit 1911 in die Erscheinung getretenen Mängeln der Sonderversicherung wird nichts behandelt oder geändert. Man mutet den Angestellten monatliche Beiträge bis zu 98 Mark zu, ohne ihnen Einfluß auf die völlig bürokratisierte Verwaltung zu geben, deren bisherige Unfähigkeit sprichwörtlich geworden ist. Trotz minderwertiger Leistungen sollen die Angestellten wesentlich höhere Beitragsleistungen aufbringen, als Arbeiter mit gleichem Einkommen in der Invalidenversicherung. Diese Verschiedenartigkeit von der Arbeiterversicherung ist ja kein Zufall, sondern Prinzip, um jede Vereinheitlichung zu erschweren. Es klang auch reichlich naiv, als die Regierungsvorteiler ausführten, daß man sich in der Novelle auf die Regelung der Beitragsfrage beschränkt hätte, um den grundsätzlichen Streit, ob Sonderversicherung, ob einheitliche Sozialversicherung, nicht aufzurollen. O, diese Anschuldbengel im Reichsarbeitsministerium, die nur Frieden wollen! In Wirklichkeit wollte man die Sonderversicherung mit weiteren Millionen aus den Taschen der Angestellten wieder finanzieren, um so die Wege zur Verschmelzung mit der Invalidenversicherung zu verbauen. Als im Ausschuss allmählich die bürgerlichen Regierungsparteien doch Bedenken bekamen, die Novelle gegen den Willen der sozialistischen Parteien in wenigen Tagen vor den Reichstagsferien durchzusetzen, brachten die Abg. Thiel und Lambach ihren letzten Trampf, indem sie erklärten, daß ohne die sofortige Beitragserhöhung das Heilverfahren, d. h. die bisher einzig wesentliche Leistung, gefährdet sei. Sie mußten sich aber sagen lassen, daß es lediglich Sache des Direktoriums sei,

die bisherige prozentuale Beschränkung in der Freistellung von Mitteln für das Heilverfahren aufzuheben und bei der Bewilligung von Heilverfahren eine ebenso offene Hand zu zeigen, wie bei der Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt, die im letzten Jahr nicht weniger als 13 Prozent verschlungen hat.

Die eingehende Behandlung der Novelle in der Herbsttagung des Reichstages, die nach langen und heißen Kämpfen im Reichstagsausschuß schließlich doch noch gegen die Stimmen der Abg. Thiel und Lambach einer dreitägigen Durchprüfung vor der Sommerpause vorgezogen werden mußte, wird sich aber nicht in der Erörterung der Beitragsleistungen erschöpfen dürfen, sondern muß zur Aufrollung der Gesamtforderung der Angestellten- und Arbeiterversicherung führen, um unter Voranstellung des staatlichen Versorgungsprinzips für die schwächeren Schichten die Schaffung einer einheitlichen, leistungsfähigen Sozialversicherung zu bringen.

Der Reichstag über die Sanktionen

Die Aufrechterhaltung der auf der Londoner Konferenz im März dieses Jahres von der Entente über Deutschland verhängten Sanktionen ist unerträglich und sie hat keine Grundlage in irgendwelchen rechtlichen Beziehungen. Darüber kann keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Wenn aber die Deutsche Volkspartei, die in dieser Angelegenheit eine Interpellation, über deren Beratung im Reichstag wir an anderer Stelle berichten, an die Regierung gerichtet hat, ihre Anfrage so begründet, wie es gestern durch ihren Sprecher, den Abgeordneten Zapf geschah, so kann sie sich nicht wundern, daß die Parteien, die sachlich die Berechtigung der Interpellation anerkennen, weit von ihr abrücken.

Statt sich auf die Feststellung der Tatsachen zu beschränken und die wirtschaftlichen und politischen Schäden aufzuweisen, die Deutschland durch die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort erleidet, versuchte der Abgeordnete Zapf, gestützt auf verschiedene Pressestimmen und Meinungsäußerungen einzelner Franzosen, den Nachweis zu erbringen, daß die amtliche französische Politik nach wie vor die Abtrennung des linken Rheinufers im Auge habe. Er erging sich in allerlei historischen Reminiscenzen, grub die französischen Staatsmänner des siebzehnten Jahrhunderts und Napoleon I. aus und drohte im übrigen wieder einmal mit dem Aufstand des deutschen Volkes, das sich, bis aufs Blut gepöbelt, sowohl gegen die fremden Unterdrücker wie gegen seine eigene, zu wenig energische Regierung wenden würde.

Daß die Herren von der Rechten noch immer nicht begreifen, wie ihre Drohungen nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen können, und wie wenig gerade sie, die dort, wo sie die Macht haben, jede Gewaltpolitik unterstützen, berufen sind, über die Gewaltpolitik der anderen Klage zu führen.

Es wäre sehr gut gewesen, wenn der Minister des Auswärtigen, der zum ersten Male vor das Haus trat, auf diese Dinge eingegangen wäre. Aber Herr Dr. Rosen ist kein Redner. Er las seine wohlüberlegten Ausführungen wörtlich vom Konzept ab, und selbst wenn er den Willen besessen hätte, wäre er jedenfalls nicht imstande gewesen, sich mit den Darlegungen des Interpellanten zu befassen. Im übrigen sagte er nur, was er sagen konnte, nämlich, daß die deutsche Regierung in den Sanktionen ebenfalls eine Rechtswidrigkeit erblickt und alles tut, was in ihren Kräften steht, um auf diplomatischem Wege ihre Beseitigung herbeizuführen.

Nach Rosen sprach der Rechtssozialist Sollmann, der an einer Reihe von Einzelheiten den drückenden Charakter der französischen Maßnahmen darlegte.

Dann wurde die Fortsetzung der Debatte, in deren Verlauf von unserer Seite Genosse Breitscheid das Wort ergreifen wird, auf Freitag vertagt.

Französische Sorgen

GE. Paris, 28. Juni.

Der Berliner Berichterstatter des „Temps“ erklärt, daß das Kabinett Wirth von einer schweren Krise bedroht sei. Sein unvermeidlicher Sturz würde die Entente beunruhigen, die auf die Aufrechterhaltung dieser Regierung unbedingt zähle. Die deutsche Regierung aber sei zwischen zwei Feinden. Man müsse die bedauerliche Möglichkeit ins Auge fassen, daß die deutschen Parteien auf ihren Forderungen beharren, den Kanzler Wirth, den Vorkämpfer der Republik, zu kürzen. Dessen Gegner hätten alle Vorteile in ihrer Hand. Sie hätten die unbestreitbare Mehrheit der öffentlichen Meinung Deutschlands hinter sich, sie hätten die Armee, die konservative Jugend auf den Universitäten und das royalistische Bayern sowie das rote Sachsen für sich.

Daß das Ministerium Wirth von der Reaktion hart bedrängt wird, ist bekannt. Der Berichterstatter des „Temps“ scheint aber die Verhältnisse in Sachsen nicht zu kennen, sonst würde er das „rote Sachsen“ nicht in einem Atemzuge mit dem royalistischen Bayern als Gegner des Kabinetts Wirth anführen.

Die „durchgeführte Entwaffnung“

Wie die P. P. K. melden, legt mit dem gestrigen Tage der Reichskommissar für die Entwaffnung, Dr. Peters, sein Amt nieder. Jedoch wird er noch weiterhin mit der Liquidation des Entwaffnungsapparates beschäftigt sein und seine gesamte Tätigkeit durch einen zusammenfassenden Bericht über das endgültige Ergebnis der Entwaffnung abschließen.

Wir sind auf diesen Bericht um so mehr gespannt, als wir der Meinung sind, daß Herr Dr. Peters sein Amt etwas zeitig niederlegt und seinen „Entwaffnungsapparat“ recht zeitig abbaut, denn wir befürchten, daß es ihm gar nicht gelingt, die jetzt bestehende in allen Teilen des Reiches vor sich gehenden Waffenschließungen zu verhindern. Der „Vorwärts“ meldet gestern Abend wieder umfangreiche Funde von Waffen in der Bodenseeregion, die von den Orgeschleuten dorthin verschleppt worden sind. Zugleich sind Behörden verschiedener Städte dieses Gebietes auf Bestrebungen gestoßen, die Orgesch in Baden einzuführen.

Ähnliche Schießungen und Waffendiebstähle werden aus dem Kreise Ramlau (Schlesien) gemeldet. Der „Vorwärts“ berichtet darüber wörtlich:

In der Nacht vom 26. zum 27. Juni, wahrscheinlich zwischen 12 und 2 Uhr, wurden aus der Waffenkammer des Landratsamts in Ramlau mittels Einbruchdiebstahls ca. 400 Gewehre entwendet, die tags vorher von Organisationsleiter der früheren Einwohnerwehr abgegeben worden waren und am folgenden Tage nach Breslau abgeliefert werden sollten. Die Waffenkammer befindet sich in einem durch starke Eisengitter gesicherten Raum im Keller des Landratsamtes, zu dessen Bewachung außerdem ein besonderer

Wächter bestellt war, der nachts um das Gebäude zu patrouillieren hatte. Die Täter sind durch den Garten zu den Fenstern des in Frage kommenden Kellerraumes gelangt, haben mittels einer Metallsäge und durch wuchtige Schläge einen Teil des Eisengitters entfernt und sind dann durch das Fenster in die Waffenkammer eingedrungen. Die hinterlassenen Spuren deuten darauf hin, daß die Waffen in zwei Kistenwagen abtransportiert worden sind. Die sich ebenfalls in der Waffenkammer befindlichen Munitionskisten wurden zurückgelassen. Der Wächter will von dem Einbruchdiebstahl der zweifellos sehr erhebliche Geräusche verursacht und längere Zeit in Anspruch genommen hat, nichts gemerkt haben! Da seine Angaben durchaus unglaubwürdig erscheinen, wurde er unter dem dringenden Verdachte der Beihilfe festgenommen. Ebenso wurden in einzelnen Ortschaften des Kreises, u. a. in Groß-Marschwitz und Brzegine, Waffendepots der früheren Ortswehren gewaltsam erbrochen und erhebliche Mengen zur Abgabe bereitgestellter Waffen samt Munition gestohlen.

Angehts dieser Meldungen ist wohl die Frage an die Reichsregierung berechtigt, ob der Reichskommissar Peters sein Amt vielleicht deswegen niederlegt, weil er der Widerstände der Einwohnerwehren und Orgesch nicht mehr Herr wird? Und was gedenkt ferner die preußische Regierung in dieser Angelegenheit zu unternehmen?

Nur 1 Milliarde 875 Millionen

Wie die Regierung weiter für die Agrarier sorgt

Dem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags ist jetzt der Entwurf der Verordnung über die Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921 zugegangen. Während bisher Regierung und bürgerliche Parteien die Festsetzung der Preise als nicht eilig hinstellten, ist nun mit einem Male nach ihrer Meinung die sofortige Beratung und Beratschlagung des Entwurfs dringend notwendig. Man will eben auch diese Verordnung möglichst schnell und geräuschlos unter Dach und Fach bringen, was dadurch erleichtert wird, daß die bürgerlichen Parteien die endgültige Festsetzung der Preise dem volkswirtschaftlichen Ausschuss übertragen und das Plenum des Reichstags völlig ausgeschaltet haben.

Die Verordnung übertrifft alle Befürchtungen, die über sie gehegt wurden. Hat es bisher noch Optimisten gegeben, die glaubten, daß die Regierung doch wenigstens für das Umlagegetreide Preise festsetzen würde, die Rücksicht auf die ungeheure gespannte Finanzlage des Reiches nehmen würden — diese Vorlage dürfte auch sie endgültig belehrt haben. Die Regierung schlägt eine Erhöhung der Preise um durchschnittlich 50 Prozent vor. Da die Umlage auf 2½ Millionen Tonnen festgesetzt ist, und da die 50 Prozent im Durchschnitt 750 M. ausmachen, so entspricht das einer Summe von 1875 Millionen, die die Regierung den Agrariern an Mehrgewinn verschafft.

Die Begründung für diese ungeheuerliche und nach keiner Richtung hin mit den Reichsfinanzen in Einklang zu bringende Erhöhung ist denkbar dürftig. Sie stützt sich zwar auf die Ergebnisse der sogenannten Indexkommission, läßt aber vollkommen außer acht, daß sie aufs schärfste von Sachverständigen angegriffen wurden, weil sie falsch sind und wesentliche Momente vollkommen außer acht lassen.

Daß die Regierung diese Fehler, die schon im vorigen Jahr zu einer höheren Preisfestsetzung Veranlassung gegeben haben, auch diesmal übernimmt, erklärt sich aus der Tatsache, daß alle Fehler die gleiche Tendenz haben: übermäßige Preis-erhöhung als notwendig zu erweisen, die eben nur den Agrariern zugute kommt.

So ist auch diese Verordnung eine Befestigung dafür, daß die bürgerlichen Parteien im Bunde mit der Regierung trotz der fürchterlichen Finanzlage des Reiches und der großen Belastung, die durch diese Erhöhung der Preise für die Konsumenten in Gestalt weiterer Heraussetzung der Brotpreise eintritt, davon nicht zurückschrecken, während sie in gleichem Augenblick jegliche höhere Ausgabe für soziale Zwecke mit dem Mangel an Mitteln ablehnen.

Die Verordnung wird heute im volkswirtschaftlichen Ausschuss beraten werden. Dabei wird es sich zeigen, ob die christlichen Gewerkschaftsführer, die neulich bei Hermes wegen Herabsetzung vorstellig waren, nun auch wieder genau so die Arbeiterinteressen im Stich lassen werden, wie sie das bei der Beratung über das Umlageverfahren im Plenum getan haben.

Der Maulkorb

Das Auftreten der Kommunisten in den Parlamenten hat dazu geführt, daß sowohl im Reichstag als auch im Landtag die bürgerlichen Parteien dabei sind, die Bestimmungen der Geschäftsordnung zu verschärfen. Die angeforderten Maßnahmen laufen darauf hinaus, überhaupt jede Opposition mundtot zu machen. Unsere Partei verhält sich gegen alle Versuche, die Geschäftsordnung zu verschlechtern, selbstverständlich ablehnend. Sie läßt sich dabei von dem Gedanken leiten, daß die Wahrung der Parlamentsordnung eine Sache der Erziehung ist und daß durch Strafbestimmungen absolut nichts erreicht werden kann.

Die Mehrheitsparteien des preussischen Landtags, die im Geschäftsausschuß sich mit dieser Angelegenheit befaßt haben, sind anderer Auffassung. Die Rechtssozialisten haben einen Antrag eingebracht, der dem Präsidenten das Recht gibt, einen Abgeordneten von der Sitzung auszuschließen, der die Ordnung gröblich verletzt hat oder sich weigert, den Anordnungen des Präsidenten zu folgen. Ein Zentrumsantrag geht noch weiter. Er verlangt, daß den Abgeordneten, die die Ordnungsbestimmungen des Hauses verletzen, die Diäten und die Berechtigung zur freien Eisenbahnfahrt auf eine Zeit bis zu vier Wochen entzogen werden. Der Vertreter unserer Fraktion machte mit Recht darauf aufmerksam, daß ein derartiger Beschluß verfassungswidrig sei. Darauf wurde von bürgerlicher Seite erwidert, wenn es nicht anders geht, dann müsse eben auch die Verfassung geändert werden.

Ein positiver Beschluß ist bisher noch nicht gefaßt worden, aber es ist zu erwarten, daß die bürgerlichen Parteien ihre Anträge durchzudrücken versuchen werden. Leider haben auch in diesem Falle die Kommunisten wieder dazu beigetragen, den bürgerlichen Parteien Wind in die Segel zu liefern. Der Abg. Vied erklärte im Ausschuss, so wenig wie man durch die Todesstrafe und durch die Errichtung von Zuchthäusern den Mord und Totschlag aus der Welt schaffen werde, so wenig werde man durch Strafbestimmungen verhindern, daß die Kommunisten die Lahmlegung der Parlamente erstrebten. Die Strafbestimmungen würden die Störungen von kommunistischer Seite nur noch steigern. Den bürgerlichen Vertretern waren solche Ausführungen selbstverständlich willkommen. Gerade unter Berufung auf sie wurde nunmehr verlangt, daß eben auch die Verfassung geändert werden müsse, um dem Parlament die Möglichkeit zu einer ruhigen Arbeit zu geben.

Auf die Kommunisten wird ja nun auch das feine Eintrudeln machen. Wenn aber ihnen und den anderen Oppositionsparteien in Zukunft die Hände gebunden werden sollten, dann wollen wir

nicht vergessen, daß die Kommunisten die Verschärfung der Geschäftsordnungsbestimmungen geradezu provoziert haben. Auf der anderen Seite sollten sich aber auch die bürgerlichen Parteien darüber im Klaren sein, daß sie durch eine Verschärfung der Geschäftsordnung weder die Opposition noch die Obstruktion werden verhindern können; denn beide gehören zu dem ehernen Bestandteil eines jeden Parlaments. Es sind Mittel, die von Zeit zu Zeit angewendet werden müssen und deren sich bisher auch jede Partei bedient hat.

Traugotts Heim

Der „Vorwärts“ hat gestern vormittag 10 Uhr 30 dem Reichsjustizminister Dr. Schiffer die Adresse des Herrn Traugott von Jagow mitgeteilt. Sie lautet: Traugott von Jagow, Potsdam, Sagerstr. 7, I. Die Adresse ist in Potsdam seit langer Zeit einer ganzen Anzahl von Personen bekannt. Selbstverständlich auch der Polizei, denn Traugott von Jagow ist angemeldet. Was wird nun der Reichsjustizminister Dr. Schiffer tun? Er ist in einer peinlichen Lage. Als der Kapp-Putsch vor seinem Ende stand, hat er den Verbrechern um Lüttich Amnestie zugesichert. Das war natürlich eine rein persönliche Abmachung, die keinerlei Rechtsbindung hat. Als Justizminister ist Schiffer jedenfalls verpflichtet, für die Durchführung des Haftbefehls Sorge zu tragen, um so mehr, als Herr von Jagow ja selbst versichert hat, daß er wohl und munter ist, seit März 1920 keinen Tag krank war, also auch der alten Abredungen nicht bedarf, die Herr Schiffer als Vorwand benutzte, um den Haftbefehl zu sabotieren.

Läßt aber jetzt Herr Schiffer den Jagow verhaften, dann macht er sich eines Wortbruchs den Kappisten gegenüber schuldig. Und so würde es vielleicht auch Herr Schiffer nicht ungern sehen, wenn Jagow jetzt zwar nicht mehr krank, dafür aber — unausführbar ist. Für eine lustige Poesie ist der ganze Vorgang sicher ein recht dankenswerter Stoff. Da aber auch Herr Schiffer nicht auf dem Standpunkt stehen wird, daß die Rechtspflege eine Poesie sei, wird die Hauptfigur in dieser Poesie, Herr Schiffer, so schnell wie möglich aus der Justizverwaltung verschwinden müssen.

Der Prozeß gegen General Stenger

2. Verhandlungstag (Fortsetzung).

Maurer Eugen Oberdorf aus Heitingen i. El., der im November 1918 aus dem deutschen Heere ausgeschieden ist, bekundet, daß der kriegliche Befehl am Nachmittage des 26. August gelegentlich des Waldgeschüts von einem Unteroffizier weitergegeben worden sei. Er will gehört haben, daß der Angeklagte Stenger den Befehl des Erschießens gegeben

hat. Ein Sergeant habe drei Gefangene gebracht, und General Stenger habe geäußert: Die werden sofort erschossen. Die drei Franzosen, die schließlich um ihr Leben baten, seien dann in einem Hause von drei Soldaten erschossen worden. Auf Vorhalt behauptet der Zeuge, daß die vom Angeklagten Stenger zunächst mit der Erschießung der Gefangenen beauftragten drei Soldaten sich geweigert hätten, den Befehl auszuführen. Es seien daraufhin andere Soldaten zu der Erschießung befohlen worden. Der Präsident bemerkt dazu, es sei doch kaum anzunehmen, daß ein Soldat dem Oberkommandierenden den Gehorsam verweigere. Es wird dann erwähnt, das badische Soldaten sich geweigert haben sollen, Gefangene zu erschließen.

Eisenbahnarbeiter Schmerber aus Straßburg i. E. war Beobachter bei der Kompagnie des Angeklagten Crullus. Er gibt an, Crullus habe gesagt, es sei Brigadeführer, sämtliche Gefangene zu erschließen, weil die Franzosen heimtückisch von hinten auf die Deutschen geschossen und weil wir

keine Leute zum Abtransport der Gefangenen

hätten. Der Befehl sei den Leuten von Major Müller und Hauptmann Crullus eingeschärft worden. Er, Zeuge, habe sich passiv verhalten. Es seien etwa 20 Vermundete erschossen worden. Der Zeuge behauptet weiter, Crullus habe am 21. August 1914 beim Vorgehen ein oder zwei am Boden liegende Vermundete mit dem Revolver erschossen.

Der Angeklagte Crullus erklärt dazu, er habe in seinem ganzen Leben noch keinen Menschen erschossen. Der Zeuge bleibt aber bei seiner Aussage. General Stenger betont, daß der Zeuge keine Belege für seine Behauptung beigebracht habe, wie dies früher in einem Telegramm des Eiselturms angekündigt worden sei.

Nach einer halbstündigen Mittagspause wird der Tischler Alfred Neubrecht aus Leimbach im Elßah vernommen, der angibt, beobachtet zu haben, daß ein Leutnant Vermundete zusammengeschossen habe. Den Befehl, keine Gefangenen zu machen, habe Hauptmann Schröder, nicht der Angeklagte Crullus, gegeben. Der letztere verweist den Zeugen darauf, daß am Nachmittag des 26. August Hauptmann Schröder nicht mehr beim Bataillon gewesen sei. Der Zeuge bleibt aber bei seiner Aussage.

Der Schmied Gustav Großmann aus Halberstadt wurde am 27. August gefangen genommen. Er ist in Frankreich mit seinen mitgeführten Kameraden von einem Kapitän ausgefragt worden. Er hat damals den Franzosen gegenüber ausgesagt, es sei am 26. August der Befehl erteilt worden, sämtliche Gefangene zu erschließen, weil deutschen Soldaten die Augen ausgestochen worden seien. Daß ein Gefangener erschossen worden sei, habe er selbst nicht gesehen.

Bergrat Heinrich aus Ellen war Ordnungsoffizier der 58. Brigade und bis zu seiner Verwundung stets an der Seite des Generals Stenger. Der Zeuge schildert ausführlich die Vorgänge in der Schlacht bei Saarburg. Die deutschen Truppen hätten plötzlich Feuer im Rücken erhalten, das nur von anscheinend tot daliegenden Franzosen herrühren konnte. Stenger sagte damals, derartige Menschen verdienen getötet zu werden. Ein Befehl nach dieser Richtung hin sei aber nicht ergangen. Daran, daß Stenger vorbeiziehenden Truppen zugerufen habe, keine Gefangenen zu machen, kann der Zeuge sich nicht erinnern. Mündliche Befehle habe Stenger nicht gegeben.

Major a. D. Redding aus Wöhligen in Württemberg, der beim Brigadeführer des Angeklagten Stenger war und die Befehle an die Truppenteile weiterzugeben hatte, versichert, daß ein Befehl, wie ihn der Angeklagte Crullus erhalten haben will, nicht erteilt worden ist.

Hauptmann a. D. Petersen, Dabendorf b. Berlin, hat als Adjutant eines Bataillons des Infanterie-Regiments 112 per Zufall eine von dem angeklagten Befehl gehört. Er hat gesehen, daß Gefangene an Stenger vorbeigeführt wurden und glaubt deshalb nicht, daß ein solcher Befehl gegeben worden sein könne. Daraus wird die Weiterverhandlung auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Ein Minister geht. Der baltische Minister des Innern, der Rechtssozialist Dr. Fuлда, reichte sein Rücktrittsgesuch ein. Wenn Fuлда geht, werden selbst seine eigenen Parteigenossen aufstehen, die in der letzten Zeit wiederholt sehr scharf gegen ihn Stellung genommen haben.

Neues Zuchthausurteil. Von dem Sondergericht Sangerhausen wurde der kommunistische Parteisekretär Kurt Franke aus Sangerhausen wegen Hochverrats zu 8 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt; 3 Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet. Franke soll neben Stadtrat Franke die Seele des Sangerhauser Putztes am 26. März gewesen sein.

Attentat in Braunschweig. Unbekannte Täter haben in Braunschweig auf das sogenannte Tennishaus im Bürgerpark einen Bombenschlag verübt. Die eine Seite des mehrstöckigen Hauses ist vollständig zertrümmert. Menschen wurden nicht verletzt.

Vizepräsident Dr. Forst eröffnet die Sitzung um 120 Uhr. Ein Gesetzentwurf betreffend Erweiterung des Stadtkreises Rünchen-Glabach durch die Stadtgemeinde Rheinbach...

Haushaltsetats der Justizverwaltung

Justizminister Dr. Am Jahnhoff: Das sechsmonatige Studium genügt für die Juristen, allerdings vorausgesetzt, daß die Studenten während dieser Zeit auch wirklich studieren.

Abg. Dr. Heilmann-Köln (D. V.): Die allgemeinen Beschuldigungen gegen den Richterstand weise ich entschieden zurück. Besonders bedauerlich ist es, wenn ein aktiver Minister, wie Herr Severing, erklärte, in seinem Stande habe er sozial bornierte Leute mit Bestrebenheit und bösem Willen gefunden...

Abg. Kay (Komm.): Ueberall sehen wir nur, wie mit Hohn und Entwürdigung von unserer Justiz gesprochen wird. In der deutschen Rechtsprechung gibt es eben keine Gerechtigkeit. Nicht nur die Strafrecht, sondern auch die Ziviljustiz ist Klassenjustiz.

Klassenjustiz der werttätigen Bevölkerung

Wir verwerfen die der kapitalistischen Gesellschaft. Der größte Teil des heutigen Richterstandes verdankt nur seine Existenz dem Hurra-ritorismus, maßgebend ist denationalistische Gesinnung. Die proberbrecher läßt man frei herumlaufen. Vielleicht interessiert den Herrn Justizminister, wo Herr Jagow wohnt? Er wohnt nur 1/2 Stunde von hier entfernt, in Potsdam, Bayerstr. 71.

Abg. Liebknecht (M. S. P.):

Wir unter Klassenjustiz verstehen, ist, daß die herrschende Klasse die Justiz nach ihrem Willen gestaltet, und daß diejenigen, die von ihr über die Gesetze zu wachen, die Interessen der Abwärtigen, die sie zu Hütern des Gesetzes berufen hat. Dar hinaus bildet sich in Zeiten scharfen Kampfes eine Klassenjustiz aus, bei der weit über die allgemeinen Interessen der Gesellschaft hinaus die Justiz verfaßt wird.

wird rücksichtslos gesündigt,

und zugleich im voraus. In Mitteldeutschland sind verurteilt die Schweine aus dem Stall geholt, alles ist ihnen abgenommen worden, um die Kosten der Strafvollstreckung zu decken. Wir haben hier in Berlin im allgemeinen eine nicht schlechte, teilweise eine gute Rechtsprechung. Wir haben auf der anderen Seite hier auch Kamern, und speziell zwei Kamern, die geradezu das Entsetzen aller bilden, die unter ihnen zu tun haben.

Marburger Studenten

zu, die die 15 Arbeiter aus Bad Thal erschossen haben. Diese Herren sind nach der Erschießung singend die Straße entlang gezogen. Die Leute sind keine Mörder. Auch der Mörder sieht sich irgendeiner Gefahr, auch der Gefahr der Entdeckung und Bestrafung, aus. Diese Leute waren von Anfang an gewiß, daß ihnen die Justiz kein Haar krümmen würde. Sie haben die Leute abgeschlachtet. Kein Mörder und kein Vieh handelt so gemein, wie diese Leute gehandelt haben.

Und diese Marburger Studenten haben dann die Dreistigkeit, als jetzt in einer Zeitung von dem „Mord“ gesprochen wird, gegen den verantwortlichen Redakteur wegen Beleidigung Klage zu erheben. Sie stützen sich darauf, daß, nachdem sie nun einmal freigesprochen worden sind, der Wahrheitsbeweis gegen sie vor dem Strafgericht nicht mehr geführt werden kann.

das jedenfalls, wenn sie gelassen sind, die Flucht begreiflich war durch die Behandlung, die sie erlitten haben, daß ferner sehr wohl möglich gewesen wäre unter dem Gesichtspunkt, ihre Gefangenahme zu sichern, ihre Lösung nicht das einzige Mittel war, sondern daß man sie sehr wohl hätte einlagern und an ihren Bestimmungsort bringen können.

Das alles ist eine Klassenjustiz, die aufpeitschender wirkt, als bisher je etwas gewirkt hat, und die geeignet ist, die ganze Arbeitererschaft in heller Empörung gegen sie zusammenzuschweißen.

Die Forderungen der städtischen Gutsarbeiter

Stürmische Szenen im Stadtparlament

Es sind wieder mehrere dringende Anträge eingegangen, deren Dringlichkeit nicht anerkannt wird. Dazu gehört ein Antrag der Deutschnationalen, der besagt: Die Kommunisten rufen die Schulkinder zu einer Demonstration am 3. Juli auf; der Magistrat soll nach dem Antrag ersucht werden, den Schulkindern die Beteiligung an Demonstrationen zu verbieten.

Ein Antrag der Kommunisten bezog sich auf die Erwerbslosen-Fürsorge. Der Antrag wurde dem ständigen Ausschusse überwiesen. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Fortsetzung der in der vorigen Sitzung abgebrochenen Aussprache über den Antrag der Unabhängigen betr. Gewährung einer

Lohnzulage an die städtischen Guts- und Landarbeiter.

Aus den Reihen der letzteren hatte sich eine große Anzahl vor dem Haupteingang des Rathauses angelammelt. Stadtv. Dör (Komm.) hielt die Forderungen der Gutsarbeiter für durchaus gerechtfertigt. Die Dedung für die Mehrkosten könnte geschaffen werden, wenn man den jetzt auf den Gütern herrschenden Missetänden energisch zu Leibe gehe. Die Verträge mit dem Güterdirektor, den Administratoren und höheren Güterbeamten müßten revidiert werden, denn es ließen sich da riesige Ersparnisse erzielen.

Stadtv. Adolf Hoffmann protestiert in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung dagegen, daß der im Saale anwesende Güterdirektor, der wohl vom Magistrat delegiert worden sei, den Redner durch höhnende Gesten, Lächeln und Kopfschütteln zu irritieren versucht habe.

Stadtv. Vorsteher Dr. Wehl gibt dazu die Erklärung ab, daß er bereits, nachdem er sich von dem vom Stadtvorordneten Hoffmann gerügten Verhalten des Güterdirektors überzeugt habe, durch Stadtrat Coblener veranlaßt habe, daß der Güterdirektor eine weniger provozierende Haltung einnehme.

Kämmerer Karbing: Den Beschwerden, daß Beamten zu hohe Leistungen gewährt werden, werden wir sofort nachgehen und die Verhältnisse prüfen. Auf alle die Einzelheiten, die der Kollege Dör hier vorgebracht hat, kann ich nicht eingehen, da sie nicht vor dieses Forum gehören. Da ich aber dem Herrn Güterdirektor nicht zumuten kann, auf diese Angriffe hier zu antworten (sehr gut! rechts und in der Mitte lärm links), so will ich auf einige Behauptungen des Kollegen Dör antworten: Der Güterdirektor hat keinerlei Deputate, keinerlei Ansprüche auf Naturalien und Milch. (Lärmende Zurufe von links und der Tribüne.) Es ist richtig, daß er 1918/19 auf acht Kartes Milch bekommen hat. Ich habe den Vertrag mit dem Güterdirektor nicht gemacht, ich nehme aber an, daß die städtischen Körperschaften einen solchen Vertrag gemacht haben, weil sie meinten, in anderer Weise einen tüchtigen Güterdirektor nicht bekommen zu können. Der wesentlichste Zug der Verhandlungen ging dahin, daß wir den Wünschen der Gutsarbeiter so weit wie möglich entgegenkommen wollten und daß wir auch auf dem Gebiet des Selbstbestimmungsrechts entgegenkommen zeigen wollten.

Bei den weiteren Ausführungen des Kämmerers über die Lage der Gutsarbeiter und das diesen zustehende Deputat, wurde der Redner fortgesetzt durch laute Zwischenrufe von der Tribüne unterbrochen, so daß der Vorsteher wiederholt nachdrücklich die Tribüne zur Ruhe ermahnen mußte. Der Kämmerer führte aus, daß die Arbeiter auf den städtischen Gütern besser stehen, als die Arbeiter auf den benachbarten Gütern. Nun ist in der Lohnstreitfrage nach langen Verhandlungen der Spruch des Schlichtungsausschusses erfolgt, den der Magistrat angenommen hat. Wir können nicht glauben, daß, wie es Stadtvorordneter Dör angekündigt hat, die städtischen Arbeiter ihre Solidarität

erklären und den Magistrat zwingen wollen, von dem Spruch des Schlichtungsausschusses abzuweichen. Wenn solche Beschlüsse durchgeführt werden sollten, dann wird die Verantwortung auf die fallen, die in einer Rechtsfrage den Magistrat zwingen wollen, Entscheidungen zu treffen, die er nicht treffen kann. (Beifall rechts, lebh. Unruhe links und Zurufe von der Tribüne.)

Oberbürgermeister Bock: Die ruhigen, sachlichen Darlegungen des Herrn Stadtkämmerers will ich nicht abschwächen. Die Versammlung möchte ich nur bitten, Beamte der Stadt nicht so zu behandeln, wie es seitens der Stadtv. Dör und Hoffmann geschehen ist. (Redner bleibt in dem nun einsetzenden neuen ohrenbetäubenden Lärm unverständlich.)

Stadtv. Ad. Hoffmann (Komm.) verbittet sich den Schulmeister des Herrn Oberbürgermeisters, der hier wohl eine Art Abschlechtsvorstellung haben wollen. (Stürmischer Beifall links.)

Oberbürgermeister Bock: Ich stelle fest, daß ich lediglich eine Bitte an die Versammlung gerichtet habe.

Stadtv. v. Vindeimer (Dn.) bedauert, daß der Oberbürgermeister sich nicht auch gegen das Verhalten des Vorstehers gewendet habe.

Stadtv. Vorsteher Dr. Wehl wendet sich gegen den Redner und bleibt dabei, daß der Güterdirektor durch provozierende Gebärden die Linke provoziert habe. Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird die Aussprache weiter fortgesetzt. Ein Antrag Heilmann und Gen. (Soz.) verlangt erneute Verhandlungen und in den Lohnforderungen der Arbeiter weiteres Entgegenkommen über den Schiedsspruch hinaus. Auch von Wehl und Gen. (Unabh.) und Gaebel und Gen. (Komm.) sind Anträge eingebracht.

Gegen den Antrag sprachen die Stadtvorordneten Dankwardt (Sp.) und Dr. Kaufhold (Dnat.). Sie beantragen die Ueberweisung des Antrages Wehl und die übrigen Anträge an einen Ausschuss. — Müller-Franken (Wirtsch. Verein.): Was Stadtvorordneter Dör über die angeblichen Deputate des Güterdirektors gesagt habe, sei ganz und gar unrichtig. Die Forderungen der Gutsarbeiter seien unberechtigt. — Stadtv. Haj (Wirtsch. S.) wünscht eine Verständigung und empfiehlt den dahin zielenden Antrag Heilmann. — Stadtv. Kleinow: Meine Partei ist fest entschlossen, seiner Forderung zuzustimmen, für die keine Dedung vorhanden ist. — Stadtv. v. Czerny (Sp.) hält den Antrag Heilmann für unlogisch und in sich widersprüchlich. — Stadtv. Wülfel (Dnat.) beantragt die einfache Ueberweisung an einen 15gliedrigen Ausschuss und namentliche Abstimmung hierüber.

Stadtvorordneter Zimmermann (U.S.) trat nochmals für den Antrag Dr. Wehl ein, der einem möglichst bald zusammenzutretenden Ausschusse überwiesen werden möge. — Stadtvorordneter Haj (S.) zieht mit Rücksicht auf die von der Rechten angebotenen parlamentarischen Gegenmaßnahmen den zweiten Teil des Antrages Heilmann zurück. — Stadtvorordneter Dör (Komm.) nimmt den Antrag wieder auf.

Nach nahezu vierstündiger Verhandlung wurde dieser erste Gegenstand der Tagesordnung damit erledigt, daß gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten in einfacher Abstimmung alle Anträge einem fünfzehngliedrigen Ausschuss überwiesen wurden. Stadtvorordneter Dör (Komm.) rief dann noch zu diesem Gegenstand eine der üblich gewordenen endlosen Geschäftsordnungsdebatten hervor.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wurden die Steuervorlagen beraten. — Stadtvorordneter Dehlfleßen (Dnat.) berichtete über die vom Ausschuss zur Beschlußfassung vorgelegten Vorlagen über die Erhebung einer Steuer auf Kraftdroschken, auf das Halten von Wagen und Pferden und auf das Halten von Lastkraftwagen. Die Vorlage über die Abänderung der Hausangestelltensteuerordnung wurde dem Staatsausschusse überwiesen.

Um 10 1/2 Uhr war die Redelust noch nicht erschöpft.

Aktion der Arbeiterschaft kommt, um diese Schmach und Schande zu beseitigen. (Bravo! bei den U. S. D.)

Abg. Dr. Höpfer-Schhoff (Dem.) beleuchtet kurz die Stellungnahme seiner Partei zu den einzelnen Anträgen. — Als der Redner die Angriffe des Abg. Liebknecht bezüglich der Leipziger Urteile zurückweist, widersprechen die Kommunisten durch Zurufe und Lärm.

Nächste Sitzung Freitag, 12 Uhr. Tagesordnung: Justizhaushalt, Kleine Anfragen, Kleine Vorlagen, Haushalt der Domänenverwaltung. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Volksaufklärung

Die Zentrale für Heimatdienst

Der Hauptausschuss des Reichstags beschäftigte sich gestern mit der Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst. Die Deutschnationalen beantragten die Schließung dieser Zentrale, zugleich aber für den Fall der Ablehnung dieses Antrages eine Veränderung der Grundzüge der Zentrale dahingehend, daß sie leblich die durch die Reichsverfassung gestellte Aufgabe zu erfüllen habe und Aufklärung nur gegen gewaltsame Veränderung der Reichsverfassung betreiben dürfe. Die Regierungspartei, insbesondere die Sozialdemokraten, die man hier besonders hervorheben muß, weil die Unterfertigung des Antrages durch sie besonders erstaunlich ist, beantragten, die Zentrale unter den folgenden Grundzügen weiterzubetreiben:

„Die Einrichtung dient der näheren Aufklärung über die außenpolitischen, sozialen und kulturellen Fragen, und zwar nicht im Sinne einzelner Parteien, sondern vom Standpunkt des Staatsganzen.“

Ferner wurde beantragt, einen parlamentarischen Beirat einzusetzen.

Abg. Mumm (D. R.): Bei den wechselnden Regierungen muß eine solche Zentrale immer wechselnde Auffassungen vertreten. Das hält auf die Dauer kein Beamter aus. Die Zentrale wird immer der jeweiligen Regierung dienen, und deshalb wollen wir sie auflösen.

Abg. Genosse Rosenfeld: Wir begehnen uns trotz unserer Gegnerschaft zu den Deutschnationalen mit ihnen in der Bekämpfung der Zentrale für Heimatdienst, denn diese Zentrale dient nicht der Allgemeinheit und kann ihr gar nicht dienen. Sie ist nichts anderes als ein Instrument der jeweiligen Regierung und der Regierungsparteien. Erstaunlich ist, daß die S. P. D. es für nötig hält, Aufklärung zu treiben vom Standpunkt des Staatsganzen. Der heutige Staat ist doch angeblich auch für die Rechtssozialisten ein Klassenstaat. Wie kann da eine Aufklärungsstelle anders als im Sinne der jeweiligen Regierung „Aufklärung“ treiben. Politische Aufklärung zu treiben, muß den einzelnen Parteien überlassen bleiben. Es darf nicht geschehen, daß weder der Steuerzahler im Interesse bestimmter Parteien Verwendung finden. Auch der parlamentarische Beirat ist keine Garantie gegen Mißbrauch durch die Regierungsparteien.

Abg. Krämer (D. Sp.) erklärt sich ebenfalls gegen das Weiterbestehen der Zentrale. Die Praxis der Zentrale zeigt, daß diese nur ein Organ der jeweiligen Regierung ist. Etwas anderes ist auch unmöglich. Politische Fragen unpolitisch zu lösen, bedeutet die Quadratur des Kreises.

Abg. Solmann (Soz.): Wir halten die Zentrale für zweckmäßig. Der parlamentarische Beirat wird einen Schutz bieten gegen den Mißbrauch dieser Einrichtung. Auch hervorragende Parteigenossen des Abgeordneten Dr. Rosenfeld arbeiten in der Zentrale mit. Ein Unabhängiger ist Leiter der Landesabteilung in Thüringen, und Tausende von Unabhängigen sind Vertrauensleute. Will Dr. Rosenfeld diesen Mitgliedern seiner Partei diese Tätigkeit unmöglich machen?

Abg. Genosse Rosenfeld: Wie kann ein Sozialdemokrat von dem parlamentarischen Beirat Schutz erwarten? Wenn wirklich Un-

abhängige in der Zentralfstelle mitarbeiten sollten, so weisen sie sicher nicht der Zentralfstelle die Wege. Die Politik der Zentralfstelle wird sicherlich von anderen bestimmt. Wieviel Vertrauensleute muß die Zentralfstelle haben, wenn mehrere Tausend Unabhängige sind? (Abg. Solmann: 3500!) Diese Zahl legt mich allerdings in Erstaunen. Jedenfalls halte ich nicht für richtig, daß Mitglieder der U. S. P. in der Zentralfstelle für Heimatdienst mitarbeiten.

Abg. Krämer (D. Sp.): Dreiviertel sämtlicher Vertrauensleute sind Rechtssozialisten.

Bei der Abstimmung stimmten für die Auflösung der Zentralfstelle außer den vier Unabhängigen und dem einen Kommunisten nur die wenigen gerade anwesenden Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Die Regierungsparteien hatten also eine Zustimmung, mit deren Hilfe die Aufrechterhaltung der Zentralfstelle für Heimatdienst und die Einsetzung eines parlamentarischen Beirats beschlossen wurde.

Erklärung

Wir haben uns davon überzeugt, daß die in den Zuschriften: „Beamtenschutz und Beamtenmangelregelung“, „Vogel-Strauß-Politik“, „Justizverweigerung“ in den Nr. 365, 396 und 400 der „Freiheit“ vom 3., 22. und 24. September 1920 gegen den Präsidenten des Preuss. Statistischen Landesamts, Dr. Sängler, wiedergegebenen Behauptungen der Begründung entbehren. Wir nehmen sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Ausschneiden!

Druckfache
S/n die
Hauptexpedition der „Freiheit“
Berlin G 2
Breite Straße 8-9

Groß-Berlin

Die Reichswehr gegen die „Freiheit“

In der „Freiheit“ vom 28. April 1921 hatten wir an dieser Stelle eine Kritik des Films „Die schwarze Schmach“ veröffentlicht, in der darauf hingewiesen wurde, daß sexuelle Ausschreitungen gegenüber der weiblichen Zivilbevölkerung eine Folgeerscheinung jedes Militarismus sind. Es hieß in diesem Artikel wörtlich:

„Wer zum Beispiel die Besetzung Leipzigs durch die Kossaktruppen erlebt hat, und die zahlreichen Überfälle auf Mädchen in den Waldungen um Leipzig kennt, für den steht zunächst einmal fest, daß es den Regern der französischen Kolonialtruppen nicht anders geht, wie jedem Opfer des Militarismus.“

Diese Feststellung hat das Leipziger Kappistenorgan, die „Neuesten Nachrichten“ in den bekanntesten furor teutonico verlegt, und das edle Organ denunzierte den verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“, Genossen Seger, dem Staatsanwalt. Das Wehrkreiskommando IV (Dresden) der Reichswehr fühlte sich als berufener Anwalt der angeblich beleidigten Kossaktruppen und stellte gegen die „Freiheit“ Strafantrag. Da unsere deutsche Justiz, wenn es sich um Sozialisten handelt, sehr schnell arbeitet, wurde schon nach kurzer Zeit beim Schöffengericht Berlin-Mitte die Eröffnung des Strafverfahrens beschlossen.

Gestern morgen fand die Hauptverhandlung statt. Der Verteidiger, Genosse Rechtsanwalt Dr. Boenheim, erhob zunächst gegen den Eröffnungsbescheid Einwand, indem er darauf hinwies, daß in dem fraglichen Sache bestimmte Personen überhaupt nicht beleidigt worden seien. Gemeint seien in dem Bescheid doch nur diejenigen Soldaten, die sich Ausschreitungen gegen Mädchen oder Frauen zuschulden kommen ließen, nicht aber die gesamte Truppe. Selten ist wohl eine Anklage so schlecht begründet gewesen als diese, die auf die Denunziation des deutschnationalen Blattes hin erfolgt ist. Sogar der Amtsanwalt gab ohne weiteres zu, daß die Ausschreitungen bei jeder Truppe vorkämen! Er erblinde die Beleidigung nur darin, daß von zahlreichen Fällen die Rede sei.

Den Leipziger „Neuesten Nachrichten“ erwächst also nun ebenfalls die Aufgabe, auch den Amtsanwalt zu denunzieren, da er sexuelle Ausschreitungen für eine bei jeder Truppe vorkommende Sache erklärt hat. Da der Vorsitzende der Erklärung des Genossen Seger, daß er bereit sei, den Arbeitsbeweis anzutreten, sofort in die Verhandlung eintraten, erhob Genosse Seger einen weiteren Einwand, um noch in dem zweiten Punkte die Haltlosigkeit der Anklage zu erweisen. Genosse Seger wies darauf hin, daß in diesem Artikel von Kossaktruppen die Rede sei, es handele sich also um die Besetzung Leipzigs im Mai 1918. Der Strafantrag ist aber gestellt worden vom Reichswehrkommando in Dresden.

Gen. Seger bezitt die Legitimation des Strafantrages, weil die damals Leipzig besetzenden Truppen, nämlich die 1. bis 3. Grenzjäger-Brigade des Generals Maercker und das Detachement Neussille gar nicht mehr existieren.

Die Verhandlung mußte infolgedessen verlagert werden, da das Gericht diesem Einwand folgend, beschloß, das Reichswehrkommando IV zu fragen, inwiefern es sich als Rechtsvertreter der Kossaktruppen berufen fühle.

Vom Reisen

Deutschlands Schieber der Kriegs- und Nachkriegszeit sind zurzeit auf den Rücken der „Freiheit“ auf das Land, an die See oder ins Gebirge. Während der Arbeiter schuftet, der Angestellte in den dumpfen Bureaustuben hockt, fallen ohnehin schon reichlich trügerische Zeitgenossen, die es verstanden, aus der Kraft weniger stilles gebotener Mitmenschen Kapital zu schlagen, wie die Schiffsfliegen über bezorgte Landstriche des deutschen Vaterlands her, mähen sich an Lederreien und Dingen, die der Bauer in Städten vornehmlich.

Die Milch wird kübelweise von den Kühen fortgeschoben, Brot — schön, weißes natürlich — ohne Brotmarken verteilt. Man bezahlt jeden Preis, denn „man hat's ja“. Schon werden wieder aus den Nordsee- und Ostseebädern die ekelhaften Schlemereien bezogen. Während in den Großstädten manche Proletarier- und Stieftrugproletarierfrauen nicht weiß, wie sie bei den noch immer steigenden Preisen für die notwendigen Lebensmittel, bei der allgemeinen herrschenden Not, dem Mangel an alten Kartoffeln, der sie zwingt, Wucherpreise für die neuen zu zahlen, wie sie also das Sündergeld für die Milch erkrigen soll, die ihre Kleinsten verlangen, gibts am

Strande förmliche Fraktioniere in Schlagsähne und anderen schönen Dingen, die der Durchschnittsdeutsche heute nur noch vom Hörenlaget kennt.

Es kann nicht Geld genug kosten. Manche Reize dieser edlen Zeitgenossen verhängt mehr, als ein Arbeiter oder Angestellter im ganzen Jahre verdient, und es ist für das Proletariat förmlich ein Schlag ins Gesicht, wenn gewisse Zeitungen, die leider immer noch von der großen Masse gehalten werden, täglich mit Winken aufwarten, wohin man reisen könne und wo was besonderes los ist.

Der „Total-Anzeiger“ rechnete neulich keinen Leuten vor, daß „bei beschiedenen Ansprüchen“ eine kleine Sommerreise ohne Fahrgehalt (das bekanntlich allein schon bei zwei oder drei Personen einen doppelten oder dreifachen Wochenlohn wegrißt, will man nicht gerade in Berlin bleiben!) 1600 bis 2000 M. kostet. Er fügte hinzu, daß diese Ausgabe sich heute wohl jedermann leisten könne!

Die superflugen Herrschaften, die auf diese Weise den vielen, so daheim in den dumpfen Straßen der Großstadt bleiben müssen, Sand in die Augen streuen wollen, verraten sich aber meist recht prompt selbst. Während sie auf der einen Seite sagen: selbst der Proletarier verdient heute so viel, daß er an die See oder ins Gebirge reisen kann — notabene bei den wenigen Tagen Urlaub, die Angestellte und Arbeiter noch immer nur zu bekommen pflegen, während die „Chefs“ oft monatelang saulenzen — klagen auf der anderen gelegentlichen Korrespondenten und Mitarbeiter in fulminanten Reisebriefen, mit denen sie eine gewisse Prozeß bezwecken, über den „Kepp“, der „draußen“ herrschen soll oder tatsächlich herrscht.

Alle Lohnkämpfe der langen Revolutionszeit waren Stückwerk. Unternehmer wie Zwischenhändler fordern für ihre Waren Valutapreise, sie sollen und müssen endlich einmal auch Valutalöhne bezahlen. Solange dies nicht eintritt, wird sich die Zahl spekulativer Geldjäger immer mehr vermehren und die Angestellten und Arbeiter immer mehr auf den Fund kommen.

Das sei für uns Proletarier eine Lehre aus den diesjährigen Sommerreisen — der anderen!

Wofür Geld da ist

Die Station „Wildpark“ bei Potsdam beherbergt einen Hofzug des Kaisers Wilhelm. Derselbe wird abwechselnd von 3 Wächtern Tag und Nacht seit langer Zeit bewacht.

Wenn jeder Beamte im Monat auch nur 1000 M. Gehalt hat, so macht das für 3 Mann im Monat 3000 M., gleich 36 000 M. im Jahr.

Wofür kein Geld da ist

zeigt eine Zuschrift eines Arbeitslosen. Für sich, seine Frau und 8 Kinder erhält er 180 M. Unterstützung pro Woche. Das Geld reicht nicht zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse. Abgegeben davon, daß es ihm nicht möglich ist, für seinen 10 Monate alten Sohn Milch zu kaufen, ist er nicht in der Lage, seine Kinder auch nur mit der notwendigsten Kleidung zu versehen. Hemden und Schuhwerk hat er für keines der Kinder. Alles was irgend veräußerlich war, ist weg. Die Miete schuldet er schon seit 3 Monaten. Geliehen kann er auch von keiner Seite mehr etwas erhalten, da er schon zu oft die in Frage kommenden angehen mußte. Er schreibt, auch seine Kinder haben mal das Bedürfnis, etwas warmes zu essen, auch sie verlangen mal geschmieretes Brot. Das Elend der Kinder treibt ihn zur Verzweiflung, da er von keiner Seite Hilfe zu erwarten hat.

Ein bezeichnendes, zutreffendes Bild für unsere Republik; die Erwerbslosen läßt man im Elend verkommen, für Bewachung von „Hofzügen“ wird Geld ebenso wie für viele andere überflüssige Dinge in großen Mengen herausgeworfen.

In letzter Treue. 30 Jahre sind es heute, daß Genosse Wilhelm Gahmann in Pantow unserer Partei nicht nur zugehört, sondern daß er während dieser Zeit dauernd für die Partei gearbeitet hat. Ob die Zeiten gut oder schlecht waren, ob die Partei verfolgt und verachtet war oder ob sie große Erfolge hatte, in allen Phasen finden wir Wilhelm Gahmann als einen opferfreudigen Kampfgenosse da, wo es galt und wo nicht äußere Ehren einzuholen waren; sei es in seiner Gewerkschaft als Maurer oder als Vertrauensmann unserer Partei im früheren 6. Wahlkreis. Die Genossen des Grundbrunnens kennen Wilhelm Gahmann viel zu gut, um ihm seine Treue zu vergessen. Und als er nach Pantow zog, blieb er der Alte, auch nach der Spaltung, die ihn an unserer Seite ließ. Wir möchten nicht nur hoffen, daß Wilhelm Gahmann noch recht lange seiner Parteilichkeit genügen kann, sondern daß dieser Treue der Partei recht viel Nachahmer finden möge. Parteitreue ist Ueberzeugungssache. Beides ist eng miteinander verbunden. Wenn unsere Partei Männer und Frauen hat, die so an ihr hängen, dann ist es um unsere Sache gut bestellt.

Die Berliner Straßenbahn teilt mit, daß nach Beendigung der Gleisbauarbeiten die Linie 42 vom 1. Juli d. J. ab wieder fahrplanmäßig durch die Blücher- und Jossener Straße verkehrt.

— Vom 4. Juli d. J. ab wird der Betrieb der Linie 94, Brühl, Germaniapromenade—Dönhofsplatz, eingestellt; dafür wird zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Hermannstraße und Dönhofsplatz die Linie P in Neukölln nicht mehr durch die Bergstraße bis zum Ringbahnhof, sondern durch die Fietzenstraße (ausriid durch die Steinmetzstraße) und Hermannstraße bis zur Kneisebestraße geführt.

Genehmigung des Berliner Steuerplanes

Wie wir erfahren, hat der Oberpräsident gestern dem von den Berliner städtischen Körperschaften gefassten Steuererteilungsbeschlus für 1921 die Genehmigung erteilt. Damit werden die von der Stadt beschlossenen Steuererträge mit Wirkung vom 1. April d. J. ab rechtswirksam. Neu ist in dem Steuererteilungsplan die Erhöhung der Betriebssteuer von 100 auf 400 Prozent der staatlichen Sätze. Durch den Steuererteilungsplan soll der Steuerbedarf in Höhe von 374 775 840 M. gedeckt werden. Die Realsteuern werden dabei mit 623,40 Proz. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erhoben. Davon entfallen 346 Proz. auf die Grund-Gebäudesteuer, die in der Form der Grundwertsteuer mit 5 v. T. des gemeinen Werts für bebauten und 8 v. T. für unbebaute Grundstücke erhoben wird. Die Gewerbesteuer soll mit 648,99 Proz. der staatlichen Sätze erhoben werden, mit der Unterteilung auf 730 Proz. für Klasse I, 710 Proz. in Klasse II, 400 Proz. in Klasse III und 250 Proz. in Klasse IV.

Treptom. Bezirksversammlung. Unsere Genossen gaben in der letzten Bezirksversammlungsung, die sich mit dem Etat beschäftigte, vor der Zustimmung zum Etat, eine Erklärung ab, die wir nachstehend auszugsweise wiedergeben: Die Zumutung des Magistrats, in einem kurzen Zeitraum von ca. 13 Tagen, den Vorschlag für 1921 des Verwaltungsbezirks 15, Treptom, durchzuführen, widerspricht den einfachsten Anforderungen, die man an das Verantwortungsgesühl eines Bezirksverordneten stellen muß. So sehr wir die Dringlichkeit der Einreichung der Vorschläge anerkennen, so halten wir es doch für nicht angebracht, mit einer solchen Eile zu verfahren, die der Magistrat resp. der Oberpräsident und der Minister des Innern bei anderen, ebenso wichtigen Anlässen, vermessen. Die unndtliche Befähigung und die dadurch verzögerte Einführung der gewählten Mitglieder der Bezirksämter trägt die Hauptschuld an der jetzt so eiligen Handhabung der Beratung des Etats. Eine Fülle dringender Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete, die durch den langen Krieg und seine sich immer deutlicher bemerkbar machenden Folgen geradezu unübersehbar geworden sind, konnten bei dieser Art „Beratung“ nicht behördlich berücksichtigt werden. Wir werden, da uns jetzt die Zeit nicht gegeben ist, im Laufe des Etatjahres mit dringenden notwendigen Forderungen an die städtischen Körperschaften herantreten und geben uns der Hoffnung hin, daß unseren Wünschen entsprochen wird. Vom Magistrat erwarten wir, daß er mit derselben Energie, wie er in Rundschreiben und Verfügungen den Bezirkskörperschaften gegenüber auftritt, auch den ihm übergeordneten Instanzen sich bemerkbar macht. Die organisierte sozialistische Arbeiterschaft ist bereit, ihm den Rücken zu steifen.

Cöpenick. Bezirksversammlung. Der letzten Bezirksversammlung lag eine Dringlichkeitsvorlage des Bezirksamtes vor, die die Inangriffnahme von Kostensarbeiten und die dazu nötigen Mittel verlangte. Stadtrat Genosse Rante begründete die Vorlage. In Verbindung mit dem Bauamt und seines Ressorts, Arbeit und Gewerbe, unter Hinzuziehung des Betriebs- und Erwerbslosenrats und den Fraktionsführern, ist diese Vorlage zusammengestellt worden. 22 verschiedene Positionen an Arbeiten, die sich auf Tiefbau, Vermessung und Kanalisation verteilen, sind vorgelesen. Die Arbeitslosigkeit im Bezirke ist sehr groß, etwa 2000 Erwerbslose kommen in Betracht. Der Antrag fand einstimmige Annahme. — Ein Antrag der Bürgerlichen, die Milch zu einem Einheitspreise von 3,40 M. zu verkaufen, wurde dahin abgeändert, daß beim Milchamt verkauft werden soll, die Milch, die es ohne Karten gibt, mit 3,40 M. zu verkaufen. Der Preis für Kartenmilch soll aber so bleiben, wie festgesetzt. Interessant zu hören war die Antwort des Stadtrats Bendig auf eine Anfrage der R. K. P. D. wegen Anstellung von Beamten bei der Lebensmittellieferung in Grünau. Dort sind Beamte zu diesem Zweck extra angestellt worden. Bisher wurde diese Angelegenheit ehrenamtlich ausgeführt. Diese Anstellung sei auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Sie soll wieder rückgängig gemacht werden. Eine weitere Anfrage unsererseits wegen Unterschlagungen beim Cöpenicker Wirtschaftsamt, beantwortete das Bezirksamt damit, daß die Unterjäger noch laube. Auf Antrag wurde beschlossen, die alte Wirtschaftskommission der früheren Stadtverordneten zur besseren Untersuchung heranzuziehen. Die Wahl der Deputation ist nunmehr abgeschlossen.

Die Milchkarten für August 1921 werden in sämtlichen Bezirken des neuen Berlins in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Berlin für Kinder im 1. und 2. Lebensjahr am Montag, den 11., und Dienstag, den 12., im 3. und 4. Lebensjahr am Mittwoch, den 13., und Donnerstag, den 14. Juli 1921. Ferner ge-

Felsenbrunner Hof

von Anna Croissant-Kupp

(Fortsetzung) (Nachdruck verboten) Trohdem war sie die liebenswürdigste und splendideste Witte in der Spezies, die „keinen Schwung hatte“, wenn die Schöngelster nicht in der Nähe waren. In früheren Jahren — Helene und Alwine konnten sich noch dunkel daran erinnern — war die Mutter ein häufiger Gast in Josefstals gewesen und hatte sich dort mit ihrem feinen Humor viel Freude geholt. Auch mit dem alten Thomann hatte sie sich prächtig verstanden, der ein gründlicher Literaturkenner war und nur in seiner fargen Art im Salon seiner Frau wenig Gebrauch davon machte. „Weißt du noch“, fragte die Mutter, „wie sich der alte Thomann immer über die „Schöngelster“ beim Jour amüerte? Das Spakhafte war, daß sie ihn, der im kleinen Finger mehr Kenner und Genießer war als alle ändern zusammen, verächtlich für einen schrecklichen Banansen hielten und links liegen ließen; er hatte ja nie Verse gemacht!“ „Aber der Vater schaute finster vor sich hin, und die Töchter schawen verlegen auf ihre Teller. Er hörte nicht gern von jenen vergangenen Zeiten sprechen, wo man mit Thomanns verkehrte.“ „Und der alte Thomann?“ fragte die Mutter unsicher. Sie war errötet wie ein junges Mädchen. „Ein Freund ist noch ebenso dürr, ebenso beweglich und eben so pffiffig wie früher“, bemerkte ihr Mann ausfallend. „Der Herr Sohn scheint ihm jedoch nicht ganz zu munden. Sonst ein Schauspiel, nicht, Helene, dieser Herr Sohn?“ Helene blinnte schnell nach ihm hin, sie wollte etwas erwidern, bezwang sich aber. „Wie der den Lord spielt! Die reine Komödie! Unvergleichlich in Oxford! So den Blasierten zu mimen mit seinen zwanzig Jahren!“ „Dreißigwanzig!“ konstatierte Alwine. „Der Engländer, der Lord, der Millionär! Im großartigen Anzug läuft er herum, und eine Mähe trägt er, ich bitte dich, eine Mähe! Er Kapp! Der Gräfe Hannes hat die Kepp, aber am Sonntag, wenn er fortgeht, legt er den Hut auf. Und diese interessanten Augen unter der Kapp!

Wie er die Damen ansieht! Diese verschleierten und doch verheißungsvollen Blicke, diese versteckte Leidenschaftlichkeit und blasierte Käste! Psui Teufel! Und die Damen sollen reihenweise vor seinen Blicken fallen. Eine Schande ist's, dieser Bengel!“

Er schlug sich ein paarmal vor Erregung mit der Faust auf die Stirne. „Weiber! Weiber! Weil er aus England kommt und ein Thomann ist!“ Er hatte immer erregter gesprochen und war zuletzt aufgesprungen.

Reinlich berührt, ratlos und unter seiner Heftigkeit leidend, zog ihn seine Frau wieder auf den Stuhl zurück.

Alwine hatte ihre Schwester fortwährend unter dem Tisch angeschlossen. „Konkurrenz“, flüsterte sie boshaft.

„Es ist doch kein Grund da, Albert, sich so aufzuregen! Es ist wirklich kein Grund da“, bat die Mutter.

Helene sah verzerrt, ihre Finger hatten angefangen zu zittern, dann aber raffte sie sich auf, noch ehe der Vater seinen Anmut ganz herausgesprudelt hatte.

„Der junge Thomann soll sehr intelligent, sehr tüchtig und fleißig sein“, suchte sie ihrem Vater zu widersprechen.

„Soll! Soll! Du scheinst ja gut unterrichtet, mein Engel“, höhnte er.

„Man sagt, er gleiche ganz seinem Onkel Karl, den ich einmal bei den Thomanns traf“, bekräftigte nun auch die Mutter, „der war ein großer Damenfreund, aber ein grundgeschelter Mensch.“

„Was du nicht alles weißt in deiner Einsamkeit“, spottete ihr Mann. Sogar von dem schönen jungen Thomann weißt du! Meine Liebe, es wäre besser, du würdest dich um etwas anderes kümmern! Um Peter, oder um deinen Sohn Heinrich zum Beispiel, der den Narzen an diesem verrückten englischen Lord und Schützenjäger gefressen zu haben scheint! Mach du ihm doch klar, daß wir ihn nicht nach Oxford schicken und ihm englische Uniformen kaufen können, damit er Eindruck macht! Wie wenn der Tagdieb nicht so wieso an allen Ecken und Enden Unsin anfangt! Ja, das wird einmal der Herr auf dem Felsenbrunnerhof! So ein Schmachtlappen und Faulenzer und Weichling! Für was ist denn der Kerl auf der Schule? — Daß er die Mädels in Speyer verführt? — Da! — Da! — Da! — Damit ist er, der seine Frau stets mit solchen Dingen verschonte, wenn es nur irgendwie ging, einen Brief aus der Tasche und warf ihn über den Tisch ihr in den Schoß.

Sie ergriff ihn, um ihn zu lesen, ließ aber gleich die Hand sinken und schaute den Mann um Schonung bittend an. Er aber war mitten in seinem Zornausbruch, der sich durch hastiges Trinken noch steigerte. So sah und hörte er nichts mehr, ging seinen Weg blindlings vorwärts und schrie alles heraus.

„Gerade hat mir der Kuno das überbracht. Expreß. Ja, expreß eine Freude! Das sind die Wonnen der Familie. Der Vater im Kreise der Seinen! Gutedild. Der Erstgeborene! Der Herr des Felsenbrunnerhofes! Und der andere, der meint, er sei eigentlich dazu geboren, der Herr zu werden — ja er meint es, er meint es gewiß!“ schrie er, wie wenn ihm jemand widersprochen hätte, und doch waren alle mäusehstill und duckten sich förmlich unter seinen Worten.

„Und wir?“ sagte endlich Alwine herzlich und sah ihren Vater dreist an.

„O ihr Töbchen! Ihr liebt euren Vater, wenn er euch neue Kleider und Geld gibt; wenn er das nicht mehr kann, hustet ihr auf ihn. Da kann er euretwegen in irgendeiner Ecke freieren! Meint ihr, ich wüßte das nicht? — Tut ihr mir etwas zuliebe? — Haltet euch nur an die Thomannsippe. Ihr wißt ja, daß ich das liebe! Verliebt euch in diesen Bierengel, bietet euch ihm an.“

„Genug, genug!“ rief die Mutter zitternd. „Albert, du sprichst zu deinen Töchtern, ich bitte dich!“

Der Vater kam plötzlich zur Besinnung. Er rief sich über die Stirne, setzte sich und sprach kein Wort mehr.

Aus einem Fenster des oberen Stockes zog sich behulfsam ein Kopf zurück. Es war Heinrich, der alles gehört hatte und nun leise pfeifend, mit einem matt überlegenen Lächeln am Kaffeetisch erschien, zugleich mit Peter, den der Hunger hergetrieben und der sehr kalt empfangen wurde. Die Mutter machte im Plaz und versuchte ihm zuzulächeln, ihn zu ermutigen, damit er nicht der stummen Gelähmtheit des Kreises erliege. Aber Peter sah nur heißhungrig über seine Tasse gebeugt und schlenterte nach Jungenart mit den Beinen.

„Et!“ machte Alwine scharf, und Peter hielt erschrocken inne.

„Hat er wohl beim Gräfe Hannes gelernt, diese guten Manieren“, wispelte Heinrich und sah den Jüngeren feindselig an. (Fortsetzung folgt.)

Die Debatte über die Sanktionen

Deutscher Reichstag

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung 2 Uhr 20 Minuten.
Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abgeordneten Bogherr (U. S. P.) wird gemäß dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses abgelehnt.
Der Geheimrat betr. Neuregelung der nach dem Handelsgebot und der Gewerbeordnung vorgeordneten Gehaltsgruppen wird der Ausschussberatung überwiesen.

Bildungsfragen

Zum Bericht über die Verwendung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten beantragt der Bildungsausschuss, geeignete ehemalige militärische Bildungsanstalten als Erziehungsanstalten der Reichsverwaltung zu erhalten, auszugestalten und besonders auch Kinder von unermittelten und minderermittelten Eltern, vorzugsweise von Kriegesgefallenen und Kriegsbefehlshabern sowie Kindern aus den besetzten und abgetrennten Gebieten und von Auslandsdeutschen eine höhere Bildung nach pädagogisch vorbildlichen Grundrissen zu vermitteln.

Abg. Frau Wülff (S. P. D.) begründet mit kurzen Worten einen Antrag, diese Anstalten stützen zu gestalten.

Abg. Schreiber (Ztr.): Wir müssen bei diesen Bildungsanstalten alles vermeiden, wodurch die Eltern in irgendwelche Gemütskonflikte geraten könnten. Der konfessionelle Gesichtspunkt darf nicht ganz außer Acht gelassen werden.

Abg. Puchner (Dem.): Wir wünschen, daß die Anschauungen und Forderungen der Eltern berücksichtigt werden, aber wir wollen das konfessionelle Moment bei diesen Schulen völlig ausgeschaltet wissen. Deshalb haben wir gemeinsam mit den Sozialdemokraten den Antrag gestellt.

Abg. Fries (Komm.): Es steht zu befürchten, daß die Absicht, die höheren Lehranstalten konfessionell zu gestalten, in dem Ausschussantrag verborgen liegt. Dem müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegenreten.

Abg. Everling (D. L.): Die Ausführungen Puchners, das konfessionelle Moment völlig auszuschalten, machen es uns unmöglich, für den Antrag zu stimmen.

Abg. Frau Wurm (U. S. P.): Ich bitte Sie, dem Zusatz zuzustimmen, den Wünschen der Eltern nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Abg. Schreiber (Zentr.): Auch die katholische Geistlichkeit hat an der sozialen Politik der letzten Jahre regen Anteil genommen. Deshalb wollen meine Freunde deren Mitarbeit nicht gern entbehren. Der Antrag Müller-Puchner ist für uns unannehmbar. Es handelt sich nicht um reine Bildungs-, sondern um Erziehungsanstalten. Auch die Bildungsvereinigungen in Arbeiterkreisen, besonders im Ruhrgebiet, haben nötigt verlangt.

Abg. Fries (Komm.): Die Bildungsbestrebungen der Arbeiter haben nicht verlangt. Wohl aber hindern Hunger und Entbehrungen sie, auf diesem Gebiete Größeres zu leisten.

Abg. Löwentritt (U. S. P.): Was der Kollege Schreiber über die Erziehung zu einer Weltanschauung gesagt hat, war sehr schön, aber eine Reihe von konfessionellen Schulen haben doch Bestrebungen gezeigt, Dinge konfessioneller Natur als Ziel zu verfolgen, die mit Weltanschauung wenig zu tun haben. Wir werden mit aller Entschiedenheit dem entgegenzutreten, daß auf einem Umwege mit staatlichen Mitteln konfessionelle Bestrebungen den Jünglingen aufgedrängt werden, deren Erziehungsberechtigte nicht den Wunsch danach haben. Speziell die ehemaligen militärischen Bildungsanstalten haben mit ihrem militärischen Drill in einseitiger Richtung gewirkt. Wir sehen eine ungeheure Gefahr darin, daß das Schwergewicht einer solchen Schülerschaft auf den Geist der ganzen Schule drücken muß und sie zu einer reaktionären Erziehungsanstalt macht. (Beifall h. d. U. S.)

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.): Gegen alle verfassungswidrigen Bestrebungen auf dem Gebiete der Schule werden wir nach wie vor nachdrücklich Stellung nehmen.

Der Antrag Müller-Puchner, den letzten Satz des Ausschussantrages dahin zu ändern, daß den Wünschen der Eltern nicht „möglichst“, sondern „im Rahmen der Verfassung“ Rechnung zu tragen ist, wird durch Hammelprang mit 151 gegen 149 Stimmen abgelehnt. Rechte und Zentrum stimmten dagegen. Der Ausschussantrag wird unverändert angenommen.

Nachtragsetat der Reichseisenbahnverwaltung

Abg. Breunig (U. S. P.) weist darauf hin, daß für die Behandlung wichtiger Angelegenheiten stets keine Zeit vorhanden sei. Er richtet dann die Anfrage an den Reichsverkehrsminister, wie es sich mit den geheimen Plänen verhalte, die die „Kölnische Zeitung“ vor längerer Zeit veröffentlicht habe: die Reichseisenbahnen an Reben Verkehrsvereinigungen, die sich über das ganze Reich erstrecken, zu übergeben. Das heißt, das Unternehmen des Reiches als einen sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betrieb nach und nach dem Privatkapital anzufletern.

Nach den Mitteilungen der „Kölnischen Zeitung“ soll die finanzielle Beteiligung je zur Hälfte durch das Privatkapital und das

Reich erfolgen. Eigentümlicherweise hat sich das Reichsverkehrsministerium bis heute noch nicht offiziell zu diesen Plänen geäußert, hinter den Kulissen wird desto eifriger gearbeitet. Wir haben bereits bei der Beratung des ordentlichen Etats am 17. März d. J. unsere grundsätzliche Stellung zur Neugestaltung des Verkehrswezens und zur Modernisierung und Verbesserung der technischen Einrichtungen und Anlagen eingehend dargelegt. Der größte Teil unserer Anträge, die damals von der Mehrheit des Hauses abgelehnt wurden, wurden von dem früheren preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Herrn Deser, zur Grundlage längerer Presseäußerungen gemacht, ganz besonders, soweit die Uebernahme eines größeren Teiles des Selbstbetriebes auf die allgemeine Reichs-Eisenbahn in Betracht kommt.

Die Tarifpolitik sei verkehrsfeindlich. Eine weitgehende Verbilligung der Wochentarten

für Arbeiter, Angestellte, Beamte und kleine Geschäftsleute sei dringend notwendig. Ein Antrag der Deutschnationalen, der dahinging, „Maßnahmen zur Herbeiführung erheblicher Ersparnisse bei den persönlichen und sachlichen Kosten der Beamten- und Arbeitervertretungen zu treffen“, gab dem Genossen Breunig Veranlassung, das Verhalten der Reichsparteien scharf zu geißeln. In den Nachtragsetat sind für persönliche und sachliche Ausgaben der Arbeiter- und Beamtenvertretungen 20 Millionen Mark eingestellt, eine lächerlich geringe Summe im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Einrichtung. Dieser Betrag ist in Wirklichkeit eine produktive Ausgabe. Durch die Tätigkeit der Arbeiter- und Beamtenvertreter, ganz besonders der Betriebsräte, wurden bereits große Summen erspart. Das alte System hat nicht nur eine große finanzielle, sondern auch eine fast noch größere moralische Unterbilanz hinterlassen.

Die Bezahlung der Eisenbahnbeamten

aber ist durchaus nicht auf der Höhe, ganz besonders schlecht sind die Bahnunterhaltungsarbeiter und Betriebsarbeiter entlohnt. Die Eisenbahner halten mit aller Energie fest an den wenigen Errungenschaften, die ihnen der Zusammenbruch des alten Systems auf rechtlichem Gebiete gebracht hat, insbesondere an dem uneingeschränkten Koalitionsrecht, einschließlich des Streikrechts und des Achtstundentages. Die Eisenbahner sind nicht nur bereit, für ihre materiellen und rechtlichen Forderungen zu kämpfen, sie sind auch bereit zur Entschlossenheit.

Abwehr aller reaktionären Umsturzversuche

Sie werden auch sich jedem Versuche widersetzen, die Reichseisenbahnen dem Privatkapital anzufletern. Die Eisenbahner verlangen die Sozialisierung des Verkehrswezens, sie werden nur Reformen unterstützen, die in dieser Richtung liegen.

Das Wort, daß die Eisenbahner die Hand an der Gurgel des Wirtschaftsliebens haben, möchte ich dahin umstellen: die Eisenbahner haben die Hand an der Gurgel der Reaktion. (Beifall bei den U. S.)

Reichsverkehrsminister Groener: Von einer Beteiligung des Privatkapitals an den Reichseisenbahnen oder von einer Abgabe des Privatkapitals zu beteiligen, ist mir nichts bekannt. Wenn wir die unmittelbaren Kriegsschulden anders in den Etat einlegen, würde der Schuldendienst verringert werden und der ordentliche Etat ein ganz anderes Bild geben.

Abg. Schmidt (Dn.) fordert, die 20 Millionen für die Betriebsvertretungen zu streichen.

Abg. Breunig (Soz.): Die 20 Millionen für Arbeitervertretungen sind nicht zu viel. Man darf die

Durchführung des Betriebsrätegesetzes

nicht hindern. Mit der Verwendung der im Etat ausgeworfenen 200 Millionen für Arbeiterwohnungen muß so rasch als möglich begonnen werden. Das liegt auch im Interesse des Baugewerbes. Die Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose unter den Eisenbahnern müssen im nächsten Etat vermehrt werden.

Abg. Käly (Dem.): Wir sind gegen die Verminderung der Kosten für die Beamtenvertretungen.

Darauf unterbricht das Haus die Etatsberatung.

Interpellation wegen der Sanktionen

Eine von Stresemann und Fraktion eingebrachte Interpellation fordert Auskunft von der Regierung, was sie zu tun beabsichtige, um die Beseitigung der Sanktionen in Düsseldorf und Duisburg mit Aufricht herbeizuführen.

Abg. Japp (D. Sp.): Die Sanktionen lasten mit ungeheurer Schwere auf dem deutschen Volke. Trotzdem das Ultimatum angenommen und in der Durchführung ist, werden die Sanktionen nicht aufgehoben. Bei einem Herumgehen um die entscheidenden Fragen, wie es die Regierung beliebt, muß sich die Regierung klar sein, daß sie weiter nichts zu erwarten hat, als die brutale Gewalt. Wie kann die Regierung das deutsche Volk den dunkeln Weg des Verfallens betreten, wenn dieser Vertrag in jedem Augenblick von der andern Seite gebrochen wird. Während die Ausfuhr durch die Zollpladereien ins Stoen gerät,

frömen unanspocht Luxuswaren über die Westgrenze nach Deutschland herein und deutsche Devisen hinaus. Ein großer Teil der Industrie an der Saar ist bereits in französische Hände übergegangen. Arbeiterentlassungen sind in großem Maße erfolgt. Nicht nur Erhöhung der Zölle nimmt man in Betracht vor, man erlaubt sich allerhand Eingriffe in die Steuerhoheit des deutschen Reiches. Wir haben noch eine Waffe, die letzte, unseren Staat zu wahren, das ist der fest: Wille.

Reichsminister des Innern Dr. Nolent: Die neue eingerichtete Zolllinie richtet sich nicht nach örtlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen. Sie sollte auch ihrem Zweck nach

keine wirtschaftliche Maßnahme

sein, sondern sie war gedacht als eine Maßnahme, welche die deutsche Regierung zur Annahme der in bezug auf die Reparation gestellten Forderungen veranlassen wollte. Um so mehr war die Erwartung berechtigt, daß sie in Fortfall kommen würde, nachdem die deutsche Regierung das Ultimatum angenommen hat. Die deutsche Regierung hat diesen Standpunkt mit allen Mitteln, die ihr hierfür zu Gebote standen, bei den alliierten Hauptmächten zum Ausdruck gebracht. Der Ausschuss der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten hat sich in den letzten Tagen u. a. mit der Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen befaßt, wobei der Ministerpräsident Briand sich gegen Aufhebung der Genatmaßnahmen ausgesprochen haben sollte. (Hört, hört!) Ich habe daher unseren Botschafter in Paris sofort angewiesen, Herrn Briand in nachdrücklichster Weise zu sagen, daß die Aufrechterhaltung

ein großes Unrecht

sei. In Deutschland werde, falls nicht in allernächster Zeit die Absicht der französischen Regierung, einer baldigen Aufhebung zuzustimmen, in irgendeiner Weise erklärt werde, der Zweifel an Boden gewonnen, ob es Frankreich ernst damit sei, die für das Fortbestehen der deutschen Regierung und damit für die Möglichkeit der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen erforderliche Voraussetzung zu berücksichtigen. Herr Briand hat unserem Botschafter mitgeteilt, daß die Sanktionen zurzeit noch nicht aufgehoben werden könnten. (Hört, hört!) In Uebereinstimmung hiermit steht die Resolution, die der französische Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten gestern gefaßt hat. Die deutsche Regierung wird sich damit nicht zufriedengeben. Es wird nichts unterlassen, um die Aufhebung der Sanktionen zu erreichen.

Graf Sforza hat erklärt, daß er für die Aufhebung der Sanktionen eintreten werde. Er hat mich noch kurz vor seinem Rücktritt ermächtigt, auf diese Erklärung hinzuweisen. Ich habe keinen Grund für die Annahme, daß die italienische Regierung ihren Standpunkt in dieser Frage zu ändern beabsichtigt.

Was England angeht, hat Lord Curzon in seiner Antwort auf unsere Vorstellungen dem deutschen Botschafter daran erinnert, daß Deutschland in bezug auf Reparationen und Entwaflung die Bedingungen des Ultimatus pflichtgemäß ausfüllte. Lord Curzon rief dem Botschafter im Anschluß an dieses Gespräch, den dazwischen liegenden Zeitraum, d. h. zwischen diesem Gespräch und dem Zusammentritt des Obersten Rates, durch

prompte und sorgfältige Erfüllung der Bedingungen,

in erster Linie der Entwaflung der Einwohnerwehr und ähnlicher Verbände, zu erfüllen, um zu erreichen, daß die übrigen Alliierten der Sache günstig gegenüberstehen. Wir sind der Mahnung Lord Curzons in vollem Maße nachgekommen, aber ich halte es doch für notwendig, nochmals festzustellen, daß Deutschland alle Fristen und Bedingungen des Ultimatus erfüllt hat. Es kann uns nicht der mindeste Vorwurf gemacht werden. Eine ungeheure finanzielle Leistung steht, daran darf ich wohl erinnern, die erfolgte Zahlung von einer Milliarde Goldmark dar. Wir werden uns auch in Zukunft die genaue Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen angelegen sein lassen. Wir müssen aber, wenn nicht auf das Gerechtigkeitsgefühl, an dem man allerdings manchmal zweifeln möchte, so doch zum mindesten auf den praktischen Sinn der Gegenseite vertrauen können. Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch in Frankreich

allmählich die Einsicht durchdringt,

daß die Aufhebung der Sanktionen nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern auch des gesunden Menschenverstandes, gerade im Interesse derjenigen ist, denen die Reparationsleistungen zugute kommen sollen. Der Oberste Rat wird die Frage der Sanktionen erörtern. Wir werden bis dahin nichts unterlassen, was zur Geltendmachung unseres Rechts führen kann.

Abg. Solmann (S. P. D.): Von den französischen Militärbehörden sind allein in Düsseldorf 410 Schulräume besetzt. Ich darf für den Willen der Franzosen, sich dauernd dort festzusetzen, darauf hinweisen, daß allein für Düsseldorf zum Bau einer Kaserne 20 Millionen Mark angefordert werden. In zahlreichen Städten und Orten sind viele Schulen von den Militärbehörden besetzt. Es sind mindestens 100 Millionen Mark von der Reichsregierung frei zu machen, um das hierdurch hervorgerufene Schul- und Wohnungsleiden zu mildern. Die Wohnungsnote ist so groß, daß in einem Zimmer nicht weniger als 16 Personen untergebracht sind. Im Rheinland sind hundert Luxuswaren aufgespeichert, daß man ganz Deutschland damit auf Jahre

HERMANN TETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Sowell Vorrat

Sensationell billige Preise in fast allen Abteilungen

Oberhemden farbig Panamagewebe, mit Klappmanschette 49⁵⁰
Oberhemden farbig Zephir, helle moderne Muster, mit passendem Kragen 74⁵⁰
Oberhemden farbig, durchgehend Perkal, 1 weicher, teils 1 steifer Kragen 88⁵⁰
Strickbinder Kunstseide, grosse Auswahl 8⁵⁰
Herren-Strohhüte Mafelofform, verschiedene Giechle, von 14⁵⁰ an

Herren-Stiefel gute Ausführung 95⁰⁰

Sakko-Anzüge hellfarbig, Homespun-Stoff, Beinkleid mit Umschlag 420⁰⁰

Gummi-Mäntel f. Herren, m. Gürtel, offen u. geschlossen zu tragen 360⁰⁰

Regen-Mäntel f. Herren, imprägnierter Covercoatstoff, m. Gürtel 475⁰⁰

Sportbeinkleider weisser Cheviot, mit breitem Umschlag 175⁰⁰

Gestreifte Beinkleider halbbare Qualität 85⁰⁰

Ein Resiposten
Herrenhüte 36⁵⁰
Wolliz, moderne Formen

Herren-Nappa- 69⁷⁵
Handschuhe, ganz gesteppt, mit Druckknopf

Ein Resiposten
Damen-Handschuhe Inhabl. Qualität 5⁵⁰

Kinderschürzen 24⁵⁰
aus guten Stoffen, schön garniert, verschiedene Größen

Wiener-Schürzen 24⁵⁰
aus Waler und Indigo, hübsch garniert

Blusen-Schürzen 29⁵⁰
aus guten Waschtoufen, mit verschiedenen Garnierungen

Unser enorm billiger Verkauf in Glas-Porzellan-Steingut beginnt Montag, den 4. Juli

